

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 29
Mai 2017

Politische Zeitenwende

In Marburg ist eine Mitte-Rechts-Mehrheit am Ruder

Viele Marburger/innen können es noch immer kaum glauben. Mit der Verabschiedung des Haushalts scheint die SPD endgültig nach rechts abgelenkt zu sein, um sich direkt in die Arme der CDU zu begeben. Die wirtschaftsnahe Gruppierung Bürger für Marburg (BfM), die sich selbst auch gern mal als Steigbügelhalter für diese Rechtswende bezeichnet, hat fleißig sekundiert.

Mit der neuen Mehrheit zeigt sich Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies sehr zufrieden, der nach der Entdeckung eines vermeintlichen Haushaltslochs stets eine breite Mehrheit für seinen Konsolidierungskurs propagiert und eingefordert hatte. Eine Beschädigung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, die Marburg so lebenswert macht, nahm das neue Bündnis billiger in Kauf.

Die Reaktionen einzelner Träger zeigen, die Kürzungen können ihrer Arbeit enorm schaden, während sie zur Verbesserung des Haushalts

kaum beitragen. Auch im Bereich Klimaschutz wurde der Rotstift angesetzt und Fuß- und Radwege – aller Radverkehrsplanung zum Trotz – werden gestrichen.

Seit Ende April stehen nun auch weitere Vereinbarungen der neuen Koalition für eine Stadtregierung in Marburg. Wenig überraschend hält die neue Mehrheit weiterhin daran fest, die städtischen Ausgaben zu kürzen und eine Erhöhung der Gewerbesteuer zu tabuisieren.

Der Oberbürgermeister hat angekündigt, dass, um die Konsolidierungspläne zu erreichen, der Ergebnishaushalt um 10 bis 15 Mio. Euro jährlich zusammengestrichen werden müsse. Die Marburger CDU plant, die Axt an die soziale und kulturelle Infrastruktur zu legen. Dort spricht man von dem Ziel, bis 2020 in etwa 20 Mio. Euro einzusparen. Wie SPD, BfM und CDU dieses Ziel ohne drastische Einsparungen zu Lasten der sozialen und kulturellen Infrastruktur erreichen wollen, bleibt ihr Geheimnis. Oder das

Sozial. Gerecht. Für alle.
Linker Talk mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag
DIETMAR BARTSCH
sowie mit der Marburger Bundestagskandidatin **Lise Kula** und dem Landesvorsitzenden der hessischen LINKEN **Jan Schalauske**

**Mittwoch
17. Mai
17.30 Uhr**
Stadtverordnetensitzungssaal
Barfüßerstr. 50

DIE LINKE.



so dramatisch beschworene Haushaltsdefizit entpuppt sich letzten Endes doch – wie wir immer vermutet haben – als ein politisches Manöver, um die Grünen los zu werden und die Linken fern zu halten.

Unter dem Eindruck der heftigen Proteste gegen die Kürzungspolitik im Sozial- und Kulturbereich scheint es nun zunächst ein Ziel der Akteur/innen zu sein, die vielen besorgten Marburger/innen zu beruhigen und zu beschwichtigen. Es ist die Rede vom Einfrieren der Ausgaben in diesem Bereich, was angesichts der Inflation eine Kürzung darstellt.

Die Marburger Linke wird die Mitte-Rechts-Koalition bei der nächsten Haushaltsaufstellung an ihre Versprechen erinnern und darauf achten, dass aus dem Plädoyer für die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus mehr wird als ein Lippenbekenntnis. Der Rollback in der Verkehrspolitik zugunsten des Autoverkehrs und die millionenschweren Parkhauspläne am Pilgrimstein werden in jedem Fall auf unseren heftigen Widerstand treffen. Angesichts der Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich ist die mittelfristig anvisierte Einrichtung einer vierten Magistratsstelle für die bürgerliche Gruppierung BfM, die sich für die Verkuppelung von SPD und CDU feiert, eine Unverfrorenheit.

Jan Schalauske

Gastkommentar

Armes reiches Land

Deutschland scheint eine Insel der Glückseligen zu sein. Man liest von Exportüberschüssen und vernimmt, dass der private Reichtum in unserem Land täglich zunimmt. Allerdings sind die Vermögen sehr ungleich verteilt. Während das reichste Zehntel 5.400 Mrd. Euro ihr Eigen nennt, hat die untere Hälfte kein Vermögen. Hier müsste also die Politik umsteuern. Die Bundesregierungen haben leider das Gegenteil gemacht.

Die Steuerreformen seit 1998 haben dazu geführt, dass Superreiche und Konzerne jährlich um 50 Mrd. Euro entlastet werden. Geld, das fehlt, wenn soziale und kulturelle Projekte am Leben gehalten oder Erzieherinnen und Busfahrer angemessen bezahlt werden sollen.

7 Mio. Menschen müssen sich mittlerweile mit Niedriglöhnen abfinden. Dieser Niedriglohnsektor ist nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis von Tarifflicht, Privatisierungen, Outsourcing und nicht zuletzt von den Arbeitsmarktreformen, die unter dem Namen Hartz I-IV traurige Berühmtheit erlangten.

Aber alles, was von Menschen gemacht wurde, kann auch von Menschen wieder verändert werden. Ob dies gelingt, hängt davon ab, dass es Mehrheiten in den Betrieben und in der Gesellschaft gibt, die sich aktiv dafür einsetzen, etwas zum Positiven zu verändern. Gute Tarifabschlüsse, der gesetzliche Mindestlohn und das Verbot, Leiharbeiter als Streikbrecher einzusetzen, zeigen, dass man solidarisch gemeinsam Erfolge erzielen kann.

Dr. Ulf Immelt, Organisationssekretär des DGB Mittelhessen



Foto: Thorsten Richter

▲ Trotz Schneeregens beteiligten sich am Ostermontag etwa 200 Menschen am Osterspaziergang des Marburger Bündnisses „Nein zum Krieg“, vom Deserteursdenkmal in der Frankfurter Straße bis zum Schülerpark, wo zum Andenken an die Opfer der „Marburger Jäger“ eine künstlerische Installation entstehen soll.

Kommentar

Lemminge

Ebenso „endgültig“ wie die Marburger SPD im Juni 2016 eine Koalition mit der CDU abgeschlossen hatte, hat sie sich im März umentschieden. Sie verabschiedete gemeinsam mit den Christdemokraten den Kürzungshaushalt 2017 und wird Wieland Stötzel zum Bürgermeister küren. Dr. Thomas Spies wurde 2015 mit den Stimmen der SPD-, Grünen- und Linkenwähler ins Amt gewählt. Nach den verlustreichen Kommunalwahlen 2016 machte die SPD durch ein Abkommen mit den Bürgern für Marburg aber klar, dass sie nach rechts abbiegen will. Als Hebel dazu diente ein „strukturelles Haushaltsdefizit“. Als Vorbedingung für eine Koalition wurde Grünen und Linken ein Bekenntnis zu einer Kürzungspolitik abverlangt. Mit dem Vorschlag, stattdessen die Gewerbesteuer auf deutsches Durchschnittsniveau anzuheben, stieß die Marburger Linke auf Granit. Dass die SPD jetzt gegen jegliche Vernunft mit CDU und BfM vereinbarte, den Steuersatz bis zur nächsten Wahl nicht anzutasten, aber mit den Kürzungen fortzufahren, lässt sich nur dadurch erklären, dass sie bei den Marburger Konzernen im Wort steht.

Man braucht nicht das Schicksal ihrer Schwesterpartei in Frankreich an die Wand zu malen, um sich die Aussichten der SPD in den Armen der CDU vorzustellen. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, dass sie sich Wieland Stötzel und nicht den populäreren Dirk Bamberger für den Bürgermeisterposten ausbeude hat, um bei der nächsten OB-Wahl noch eine minimale Chance zu haben. Denn wer, außer unverdrossenen SPD-Wählern, sollte Spies bei einer Stichwahl 2021 die Stimme geben? Als Gerhard Pätzold (SPD) 1993 im zweiten Wahlgang den Grünen eine Absage erteilte, führte dies zur zwölfjährigen Regentschaft von Dietrich Möller (CDU).

Nico Biver

Soziale Infrastruktur beschädigt

Proteste gegen Sozial- und Kulturkürzungen erzielen Teilerfolge



Foto: Nico Biver

▲ Vor der Stadtverordnetenversammlung vom 31. März hatten die Sozial- und Kulturinitiativen zum Protest gegen die Haushaltskürzungen aufgerufen

Der von der neuen „Mitte-Rechts-Koalition“ beschlossene Haushalt 2017 hat Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich in 6-stelliger Höhe zur Folge. Zwar bewirkten der solidarische Widerstand und Protest der freien Träger, dass der sozialdemokratische Oberbürgermeister seine ursprünglichen Kürzungsvorschläge für 2017 teil-

weise zurücknahm – ein ähnlicher Verlauf wie bei der unsozialen Kita-Gebührenerhöhung im letzten Jahr. Trotzdem: Kürzung bleibt Kürzung, mit teils gravierenden Folgen.

Die Begründung, damit ein angebliches Haushaltsdefizit der Stadt abzubauen, ist fadenscheinig. Das einzige, was erreicht wird, ist eine nachhaltige Beschädigung

der sozialen Infrastruktur Marburgs, weil den betroffenen Trägern mitten im Haushaltsjahr Geld für laufende Projekte fehlt. Konsequenz: Projekte, die mit weniger Aufwand (= weniger Geld) nicht machbar sind, müssen ganz eingestellt werden, z. B. Hausaufgabenhilfe, niedrigschwellige Beratungsangebote in der Gemeinwesenarbeit usw. Im Kulturbereich wird im Zweifelsfall die Selbstausbeutung steigen oder Menschen werden sich frustriert zurückziehen. Und die Zerstörung der hervorragenden Infrastruktur – ein besonders von den großen Firmen geschätzter Standortvorteil – wird planmäßig weitergehen, denn für die Haushalte 2018 ff. hat die Mitte-Rechts-Koalition weitere Einschnitte angekündigt.

Die Marburger Linke fordert nach wie vor die Rücknahme dieser unsinnigen Kürzungen oder wenigstens – wie vom Paritätischen (DPWV) angeregt – ein Moratorium. Unsere Vorschläge zu Einsparungen und Einnahmeerhöhungen (Stichwort: Gewerbesteuer) zeigen Alternativen auf. Roland Böhm

Mogelpackung Radverkehrsplanung

Der Fahrradverkehr war auch schon mit Oberbürgermeister Egon Vaupel und SPD/Grünen das Stiefkind der Kommunalpolitik. Daran änderte auch die ein oder andere neue Radstreifenmarkierung oder ein Fahrradsträßchen nichts. Mit der PKW-begeisterten Mitte-Rechts-Koalition von OB Dr. Thomas Spies droht er nun völlig ins Abseits zu geraten. Grüne Welle für PKWs und Parkhauserweiterungen sind das neue Credo.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, weil neue Fahrradwege, Zweirichtungs-Radverkehr in der Elisabethstraße, weitere rote Markierungen und gesicherte Abstellmöglichkeiten fehlen. Fahrradstreifen, die im Nichts enden und die Nachbarschaft Rad/Schwerlastverkehr in der Innenstadt (z.B. Ecke Bahnhofstraße/Elisabethstraße) bedeuten oft Lebensgefahr. Die

Verkehrspolitik muss deutlich mehr Menschen bewegen, auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel umzusteigen – im Interesse derjenigen, die unter Lärm und Gestank der Blechlawinen gesundheitlich leiden und Schaden nehmen.

Was aber passiert? Unter Aufgabe aller ökologischen Ziele wird eine „Gleichrangigkeit“ aller Verkehrsmittel postuliert. Gleichrangig? Parallel zu einem Haushalt, der eine drastische Kürzung der Mittel für Fuß- und Radwege um 70 Prozent beinhaltet, wird die dritte Fortschreibung der Radverkehrsplanung Marburg vorgelegt. Dieses detaillierte und sorgfältig erarbeitete Dokument enthält zwar eine Fülle von sehr konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der baulichen Rahmenbedingungen des Radverkehrs. Leider fehlt allerdings die Hauptsache – zeitliche Zielvorgaben zur Umset-

zung und Angaben zu den jeweiligen Kosten.

Damit ist die Planung ein völlig unverbindlicher Wunsch Katalog, der Handlungswillen vortäuscht, wo er nicht ist. Die Bürger/innen müssen selbst aktiv werden. Gut, dass sich jetzt eine „Bürgerinitiative Verkehrswende“ gegründet hat.

Infos: www.bi-verkehrswende.de

Henning Köster



Foto: Thorsten Richter

Profite gehen vor Gemeinwohl

Rot-schwarze Koalition verpflichtet sich ohne Not, Gewerbesteuer niedrig zu halten

Was treibt eine Partei wie die SPD, mit einem Vorsitzenden Martin Schulz, der wieder auf soziale Gerechtigkeit schwört, und einen Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies, der einst als linkes Aushängeschild galt, dazu, lieber bei Kultur und Sozialem zu kürzen als die Gewerbesteuer etwas anzuheben?

Wir wissen es nicht.

Denn dass der Marburger Steuersatz von 400 Punkten „sehr niedrig“ ist, braucht man nicht mehr nachzuweisen, das sagt und schreibt OB Spies selber.

Warum ihn also – wie mit CDU und BfM vereinbart – bis mindestens 2021 nicht anheben? Sind die Marburger Standortbedingungen so schlecht, dass man die Unternehmen mit Steuerdumping anlocken muss? Wohl kaum, denn sonst wür-

de GlaxoSmithKline, der Neuling auf dem Behring-Gelände, sie in „MR-live“ (Nr. 29, 2017) kaum über den grünen Klee loben.

Man könne nicht „kontinuierlich“ die Gewerbesteuer erhöhen, heißt es seitens der SPD. Davon kann allerdings keine Rede sein, denn der Steuersatz ist seit 1986 gleich hoch, mit einer Unterbrechung von 2008 bis 2015, als man ihn senkte und damit 60 Mio. Euro an die Konzerne verschenkte. 2015 musste Marburg wieder zum alten Satz zurückkehren, um den Verlust von Landeszuweisungen durch den neuen kommunalen Finanzausgleich zu verhindern.

Sollen kleine und wirtschaftlich schwache Unternehmen durch einen niedrigen Steuersatz geschont werden? Wohl kaum, denn Gewerbesteuer zahlt ohnehin nur, wer Er-

träge hat. 2016 wurden von 5.546 Marburger Unternehmen nur 1.057 zu Kasse gebeten. Nur Unternehmen mit einem höheren Gewerbeertrag als 24.500 Euro, oder solchen, denen es nicht gelungen ist, ihre Gewinne klein zu rechnen, mussten zahlen. Aber ein Teil von diesen (die Personengesellschaften) konnte die Gewerbesteuer fast vollständig mit der Einkommensteuer verrechnen. Vom Marburger Steuerdumping profitieren am meisten die fünf Unternehmen, die 80 Prozent der Marburger Gewerbesteuer zahlen.

Auch das Argument von Spies, man müsse „starke Schultern“ und nicht Unternehmen stärker belasten, sticht nicht. In 14 Jahren an der Regierung hat die SPD bekanntlich nicht nur die Unternehmen, sondern auch die „starken Schultern“ entlastet. Mit der Gewerbesteuer könnte

also gegengesteuert werden, denn sie besteuert nicht die Unternehmen, sondern die Gewinne.

Dass der Anteil der Gewerbesteuer an den Einnahmen der Stadt vergleichsweise hoch ist, wurde auch als Argument gegen eine Erhöhung ins Feld geführt. Dadurch würde Marburg noch abhängiger von der Gewerbesteuer. Da der Grund für diese Abhängigkeit die enormen Profite der Marburger Pharmakonzerne sind, würde das bedeuten, diese deshalb zu schonen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Noch weniger Hand und Fuß hat der Verweis von OB Spies auf die protektionistische Politik Donald Trumps, die zu einem Gewinneinbruch bei den Marburger Pharmamultis führen könnte. Auch das wäre doch eher ein Grund, die Gewerbesteuer zu erhöhen.

Warum die SPD also ohne Not lieber Hand an das Gemeinwohl als an die Profite legt, kann man nur vermuten – vielleicht weil es die SPD ist. *Nico Biver*

Links wirkt

An die Opfer der „Marburger Jäger“ erinnern

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Marburger Linken und mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD, gegen CDU und BfM, den Auftrag an den Magistrat erteilt, einen Kunstwettbewerb für eine Gedenkinstallation im Schülerpark auszurichten. Nun sind Mittel in Höhe von 15.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Eine Installation soll an die Opfer der „Marburger Jäger“ erinnern, ihnen einen sichtbaren künstlerischen Ausdruck im öffentlichen Raum geben. Auch die Marburger Friedensbewegung hatte während des Osterspaziergangs mit einer provisorischen Kunstaktion für die Gedenkinstallation geworben.

Tram prüfen

Im Haushalt finden sich erste Mittel für eine „Standardisierte Bewertung zur Einrichtung einer Tram (Straßenbahn) in Marburg“, wie sie von verkehrspolitischen Initiativen seit Jahrzehnten gefordert wird. Im November letzten Jahres hatten

alle Fraktionen im Parlament mit Ausnahme der FDP/MBL beschlossen, zunächst eine Prüfung für eine Tramlinie Südbahnhof – Uniklinikum in Auftrag zu geben. Darüber hinaus soll auch konzeptionell getestet werden, wie und mit welchen Wirkungen eine erweiterte Anbindung der Strecke Südbahnhof – Uniklinikum in Richtung Innenstadt und Hauptbahnhof erfolgen kann – insbesondere unter Einbindung der Regiotram zur Stärkung der Schiene zwischen Marburg und Gießen sowie zwischen Marburg und dem Umland aus Richtung Biedenkopf, Wetter (Hessen) und Stadtallendorf.

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Gegen die Stimmen der CDU sprach sich das Stadtparlament auf Antrag der Marburger Linken mehrheitlich dafür aus, dass die Stadtverwaltung alle rechtlichen Spielräume nutzt, um Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern. Zudem sind die Stadtverordnetenversammlung, die Ausländerbehörde der Universitätsstadt Marburg sowie die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) beim Regierungspräsidium Gießen aufgefordert, keine Abschiebungen in

Marburger Linke mit Doppelspitze



▲ Seit dem 24. April wird die Fraktion der Marburger Linken von einer Doppelspitze vertreten. Einstimmig wählten die Stadtverordneten Renate Bastian (l.) zusammen mit Jan Schalauske (r.) zu gleichberechtigten Vorsitzenden. Bastian war bisher die Stellvertreterin Schalauskes.

Eine Neuregelung war notwendig geworden, weil Schalauske seit Mitte April auch Landtagsabgeordneter in Wiesbaden ist.

das Kriegsgebiet Afghanistan anzuordnen. Ein Appell geht an das Land Hessen, Abschiebungen von Menschen afghanischer Herkunft auszusetzen und sich nicht an den Sammelabschiebungen des Bundes zu beteiligen. Den Änderungsan-

trag der Grünen-Fraktion, die heimischen Bundestagsabgeordneten Sören Bartol und Stefan Heck aufzufordern, sich gegen Abschiebungen einzusetzen, übernahm die Marburger Linke gern.

Jan Schalauske

45 Jahre Berufsverbote

Stadtparlament fordert Rehabilitierung

An einem Wintertag Ende Januar 1972 setzten sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer unter der Leitung des damaligen Kanzlers Willy Brandt zusammen. Sie beschloss, dass niemand im öffentlichen Dienst arbeiten solle, der „nicht die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“. Was sich zunächst harmlos anhörte, entpuppte sich schnell als eine für demokratische Verhältnisse beispiellose Hatz auf linke Querdenker in der Republik. Millionen von Bundesbürger/innen wurden auf ihre Gesinnung überprüft, vom Inlandsgeheimdienst namens Verfassungsschutz bespitzelt, Tausende zu Anhörungen vorgeladen, 260 explizit mit Berufsverbot belegt. Die Dunkelziffer ist groß.

Willy Brandt hat dies später als Irrtum und Fehler bezeichnet. Konsequenzen aus dieser Einsicht hat er nicht gezogen. Zwar haben einige Bundesländer – angeregt durch die massiven Proteste – diesen Radikalenerlass in die Schublade gelegt. Doch noch immer spioniert der Geheimdienst hinter linken Demokraten her. Bis heute sind die Betroffenen aber nicht rehabilitiert, ist der Erlass noch nicht förmlich aufgehoben.

Genau dies fordert ein Antrag, den das Stadtparlament im Januar dieses Jahres mit den Stimmen von SPD, Grünen und Marburger Linke angenommen hat. Ende März/Anfang April wurde im Marburger Rathaus eine umfassende Ausstellung gezeigt. Die Eröffnung sowie die Vorführung eines zeitgenössischen Films vor der Kulisse von Marburg waren gut besucht. Das zeigt: Das Thema ist auch heute noch nicht vom Tisch. *Renate Bastian*



Sanft entschlafen, unsanft geweckt

Der SDS.dielinke prangert Untätigkeit der neuen AStA-Koalition an

Seit einem halben Jahr tut sich nichts mehr im Marburger Studierendenparlament (StuPa). Seit einem halben Jahr besteht ein neuer AStA – die gewählte Vertretung der Studierenden an der Philipps-Universität, zusammengesetzt aus einer Koalition verschiedener Hochschulgruppen. Der SDS.dielinke gehört dem Gremium nicht mehr an. Nach vielen Jahren aktiver hochschulpolitischer Beteiligung konnten schwerwiegende Differenzen nicht ausgeräumt werden.

Bei dem gegenwärtigen AStA scheint es sich inzwischen aber eher um eine „Koalition der Unwilligen“ zu handeln, denn dort hat man sich offenbar darauf eingerichtet, die bestehenden Strukturen wie Räumlichkeiten und Referate lediglich zu verwalten. Von aktiver politischer Arbeit, um den

Belangen der Studierenden eine Stimme zu geben, keine Spur.

Sei es Absicht oder Unvermögen: Trotz in genügender Anzahl anwesender Parlamentarier/innen fand kürzlich keine StuPa-Sitzung statt. Das hatte das Fass zum Überlaufen gebracht. In einer Presseerklärung monierten die Vertreter/innen des SDS.dielinke „ohrenbetäubendes Schweigen“ im „unpolitischen Jenseits“. Dabei türmen sich die Herausforderungen.

Die aufgeworfenen Fragen sind politisches Programm: Warum hat der AStA die nicht zuletzt angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks extrem wichtige antifaschistische Arbeit völlig eingestellt? Wo bleibt die aktive Vertretung von Studierenden gegen die städtischen Sparmaßnahmen in der Infrastruktur, im Wohnungsbau und gegen Gebührenerhöhungen

bei der Kinderbetreuung? Warum hat der AStA sich nicht, oder nicht wahrnehmbar, wie vom StuPa beschlossen, an den Protesten gegen die neoliberale Haushaltspolitik der neuen schwarz-roten Stadtkoalition beteiligt? Wieso hat sich der AStA bisher nicht, oder mindestens nicht wahrnehmbar, wie mehrfach vom StuPa beschlossen, in das Bündnis „Lernfabriken meutern...!“ eingebracht und entsprechend hartnäckig versucht, Basisgruppen für einen zukünftigen Bildungsprotest mit zu initiieren? Der Weckruf des SDS scheint Wirkung zu zeigen. Es beginnen sich Gruppen zu sammeln und Aktivitäten einzufordern.

Allerdings stellte der AStA auf der StuPa-Sitzung Ende April erneut seine vollständige politische Desorientierung unter Beweis.

Dorian Tigges

Rückkehr zum Klassendenken

Ein homosexueller Sohn eines kommunistischen Industriearbeiters verkracht sich mit seiner Familie und flieht zum Studium nach Paris. In dem liberalen Großstadt-Umfeld findet er ein neues Leben, steigt sogar zum Professor der Soziologie auf. Erst nach dem Tod seines Vaters kehrt er in seine Heimatstadt Reims zurück und trifft seine Mutter wieder. Beim Betrachten seiner Fotos aus Kindheitstagen wird ihm bewusst: Er ist ein Arbeiterkind, nur Begabung und Glück haben ihm einen sozialen Aufstieg verschaffen können. Er merkt, dass er überall die Jahre im Pariser Milieu kein Problem hatte, sich zu seiner Homosexualität zu bekennen, verspürte aber eine soziale Scham, wenn es um seine Klassenherkunft ging.

Seit diesem Erlebnis setzt sich Didier Eribon selbstkritisch mit einer linksliberalen Theorie auseinander, welche das Klassendenken aus der Linken herausnahm und sich auf eine akademische, leicht elitäre Linke beschränkte. In seinem Buch „Rückkehr nach Reims“



▲ Didier Eribon, Rückkehr nach Reims, Suhrkamp, 240 S., 18 Euro

analysiert er – halb Autobiographie, halb soziologische Untersuchung –, wie es dazu kommen konnte, dass Menschen aus der (französischen) Arbeiterklasse früher automatisch links (Sozialisten oder Kommunisten) wählten, diese heute aber ein bedeutendes Wählerpotenzial für den rechtsradikalen „Front National“ abbilden. Seiner Analyse nach trägt die politische Linke hierfür einen selbst-

verschuldeten Anteil, weil das an sich richtige Eintreten für Minderheitenrechte zu sehr die Klassenfrage in den Hintergrund drängte.

Die Hochschulgruppe SDS.dielinke bietet zum Sommersemester zu diesem im letzten Jahr viel gelese- und diskutierten Buch einen **Lesekreis** an: Ab dem **8. Mai** immer montags, 18 Uhr im Hörsaalgebäude, Biegenstr. 14, +2/012

Jonathan Schwarz

Termine

► **Die Täter der Marburger
Bücherverbrennung vom
10. Mai 1933**

Referent: **Dr. Klaus Peter Friedrich**, Historiker, Mitglied der Geschichtswerkstatt Marburg
Mi., 10. Mai, 19.00 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofstraße 6, Marburg

► Linker Talk mit **Dietmar Bartsch**, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag
Mi., 17. Mai, 17.30 Uhr, Stadtverordnetenversammlungssaal, Barfüßerstr. 50, Marburg

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. im Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats. Nächste am 18. Mai, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG** freitags, 15.30 Uhr

► Studierendenverband **SDS.dielinke**, dienstags, 20.00 Uhr, www.sds-marburg.de

► Stammtisch des **LINKEN-Stadtverbandes Marburg**
1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr, Gaststätte Schamdan, Weidenhäuser Str. 72, Marburg

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf und Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Hajo Zeller
Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 26.4.2017

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

TiSA schlimmer als TTIP und CETA

DIE LINKE fordert Kreistag auf, das geplante Dienstleistungsabkommen abzulehnen

TiSA ist noch schlimmer als TTIP und CETA, denn die öffentliche Daseinsvorsorge in den Händen von Städten, Gemeinden und Landkreisen wird durch dieses Handelsabkommen unmittelbar bedroht. Mit diesen Worten kommentiert Anna Hofmann, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Kreistag, den Antrag „TiSA (Trades in Services Agreement) – multilaterales Dienstleistungsabkommen verhindern“, den ihre Fraktion für die Sitzung des Kreistages am 12. Mai eingereicht hat.

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag unterstützt damit die Aktivitäten von attac und anderen Gruppen im Landkreis Marburg-Biedenkopf, die einen sofortigen Stopp der Geheimverhandlungen über das in-

ternationale Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen zwischen der EU, den USA und 21 weiteren Staaten herbeiführen wollen.

Der Kreistag soll TiSA ohne Wenn und Aber ablehnen. Diesen Beschluss soll den Abgeordneten im EU-Parlament, dem Bundestag und dem Hessischen Landtag – zusammen mit dem Appell, TiSA nicht zu ratifizieren – übermittelt werden. Darüber hinaus soll der Landkreis eine Kampagne „TiSA-freie Zone Marburg-Biedenkopf“ starten, um die Bevölkerung über dieses schädliche Abkommen zu unterrichten und aufzuklären.

Mit TiSA werden Umwelt- und Verbraucherschutz- sowie Sozialstandards abgeschafft – also demokratisch beschlossene Rege-

lungen und Vorschriften, die den Bürgerinnen und Bürgern dienen, den Gewinninteressen privater Dienstleistungsunternehmen aber im Wege stehen. Trotz der Erfahrungen aus der Finanzkrise ist eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte geplant. Auch der digitale Handel, die Telekommunikation und das Transportwesen sind in die Verhandlungen mit eingeschlossen. Selbst öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie Gesundheits-, Wasser-, Energieversorgung und Bildung, sollen möglichst vollständig privaten Unternehmen überantwortet werden.

Die internationalen Konzerne auf dem Dienstleistungsmarkt erwarten sich Milliardenprofite von einer Privatisierung der Daseinsvorsorge. Die Folgen der Privatisierungen in den vergangenen Jahrzehnten waren schlechtere Leistungen und höhere Gebühren für die Bürger/innen, Verlust von Arbeitsplätzen, Senkung des Lohnniveaus, Sparen an der Infrastruktur und damit auch der Sicherheit. Durch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wird Gemeineigentum, das allen gehört, weggenommen und verramscht. Deshalb: TiSA verhindern – auch mit einer „TiSA-freien Zone Marburg-Biedenkopf“!

Hajo Zeller



Foto: CC BY-NC-ND 2.0 via Christian Nabeiz

▲ Weltweit finden Proteste gegen das geplante TiSA-Dienstleistungsabkommen statt: Demonstration in Zürich

Modell für den Landkreis?

Medizinisches Versorgungszentrum wurde vorgestellt

Jahrelang wurden Anträge der LINKEN im Kreistag auf Errichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in öffentlicher Hand von der Mehrheit niedergebügelt. Doch der sich abzeichnende Mangel an Hausärzten zwingt nun auch die Große Koalition zum Handeln.

Am 9. März 2017 fand im Landratsamt ein Hearing zu diesem Thema statt. Zwei Experten aus Büsum, wo seit 2015 mit Erfolg ein MVZ in öffentlicher Hand betrieben wird, referierten.

„Vorher konnten wir keine Ärzte für Büsum finden. Heute ist die

medizinische Versorgung für die nächsten 20 Jahre gesichert“, so Thomas Rampoldt, der Geschäftsführer des Büsumer MVZ. Jetzt bewerben sich mehr Ärzte im MVZ als gebraucht werden. Was lockt junge Ärzte ins MVZ? Teamarbeit, Zeit für die Familie, keine Investition in eigene Praxis. Auch für ältere Hausärzte, die keinen Praxisnachfolger finden, stellt das MVZ eine gute Lösung dar.

Das Erfolgsrezept: Die Kommune gründet eine gemeinnützige GmbH und finanziert das Projekt. Die Refinanzierung wird über die Miete des Betreibers (Ärztegenossen-

schaft) gesichert. Das MVZ in Büsum schrieb bereits im Gründungsjahr eine „rote Null“ – die Kommune wird finanziell nicht belastet. Ein Modell zum Nachmachen – auch in Marburg-Biedenkopf.

Ingeborg Cernaj

**Die Täter der Marburger
Bücherverbrennung
vom 10. Mai 1933**

Vortrag und Diskussion mit:

Dr. Klaus Peter Friedrich

Historiker, Mitglied der Geschichtswerkstatt Marburg

Mi., 10. Mai, 19.00 Uhr
DGB-Haus, Käte-Dinnebier-Saal
Bahnhofstr. 6
Marburg

DIE LINKE.

Das Letzte

„Ein linkes Aufbruchssignal aus Marburg“

Elisabeth Kula, Direktkandidatin der LINKEN für den Bundestag

Liberté, égalité, fraternité!

Viele Menschen sind zu Recht entsetzt, dass es die rassistische Marine Le Pen in die Stichwahl der französischen Präsidentschaftswahlen geschafft hat. Der Erfolg des „Front National“ ist aber nicht die Sensation der Wahl, denn mit 21 Prozent liegt Le Pen deutlich unter den Ergebnissen und Umfragen der letzten Jahre. Bemerkenswert ist, dass die traditionellen neoliberalen Parteien, von den regierenden Sozialisten (PS) bis zu den Konservativen es nicht in die Stichwahl geschafft haben. Ihr Hoffnungsträger ist jetzt Emmanuel Macron, der ehemalige Wirtschaftsminister Hollandes, der unter dem Mäntelchen des „weder rechts noch links“ punkten konnte.

Dass Frankreich jetzt nur die Wahl zwischen einem Marktradikalen und einer Rechtsradikalen hat, enttäuscht vor allem die Anhänger des Linkskandidaten Jean-Luc Mélenchon, der die eigentliche Sensation der Wahl schaffte. Er verfehlte mit fast 20 Prozent zwar knapp die Stichwahl, erzielte aber das beste Ergebnis eines Kandidaten der radikalen Linken seit 1969 und lag 14 Prozent vor dem Sozialisten Hamon. Ihn mit Le Pen unter den Etiketten „populistisch“ und „anti-europäisch“ auf eine Stufe zu stellen, dient allein der Diffamierung linker Alternativen. Sein Programm eines sozial-ökologischen Umbaus, hat nicht nur das eigene Lager begeistert. Auch 25 Prozent der PS-Anhänger/innen und 40 Prozent der Grünen haben ihn gewählt.

Mélenchons Erfolg stärkt europaweit die Hoffnung, dass es gelingen kann, neben einer zunehmend überflüssigen Sozialdemokratie, eine wirkliche Linke wieder aufzubauen, die mit den diversen neoliberalen Markt„reformen“ Schluss machen und zugunsten der unteren und mittleren Schichten umverteilen will.

Nico Biver

Was treibt Dich an, als LINKE für den Bundestag zu kandidieren?

Kula: Seit einem Jahr sitze ich für die Marburger Linke im Stadtparlament. Auch hier erleben wir die Folgen einer Politik zu Gunsten großer Privatvermögen. Das führt zu einer Zerstörung öffentlicher und sozialer Infrastruktur. Mit ihren Antworten stoßen die Kommunen aber häufig an Grenzen, die ihnen durch die Bundesebene gesetzt werden. Wenn wir hier sozial und ökologisch vorankommen wollen, müssen in Berlin die Hebel umgelegt werden.

Wie soll das gehen?

Kula: Die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte haben eine enorme Umverteilung von unten nach oben betrieben. Mit der Folge: wachsende Ar-



mut, Unsicherheit und soziale Spaltung. Diese Entwicklung gilt es zu brechen. So könnten wir unsere Städte wieder gut ausfinanzieren, auskömmliche Renten zahlen, die Mehrklassenmedizin abschaffen, das Armutssystem Hartz IV überwinden und Bildung von der KiTa bis zur Uni kostenfrei gestalten. **Da hast Du Dir aber viel vorgenommen!**

Kula: Klar, für ein solches Programm braucht es Mut, sich mit den Mächtigen und Reichen anzulegen. Die hiesigen Vertreter von SPD und CDU standen der bisherigen Politik der sozialen Spaltung nicht entgegen. Deswegen möchte ich in den Bundestag. Eine linke Alternative braucht Menschen, die sie vertreten. Ich freue mich daher auf den Wahlkampf für eine solidarische und gerechtere Politik. *Interview Renate Bastian*

Geschenkt ist geschenkt ...

Trotz Kürzungen bei Sozialem, Kultur und Sport und eines „strukturellen Haushaltsdefizits“ hat Marburg anscheinend genug Geld, um der Reinfried-Pohl-Stiftung eine Spende in Höhe von 1,5 Mio. Euro zukommen zu lassen.

Dabei kann es sich nicht um eine neue Verwendung einer Spende Dr. Reinfried Pohls in Höhe von 4 Mio. Euro aus dem Jahr 2011 handeln. Diese Spende hatte der Gründer der DVAG der Stadt zwar für eine Schlossbahn zukommen lassen, aber dann eingewilligt, dass sie für andere Zwecke ausgegeben wird. Das Geld wurde in den Haushalt 2011 eingestellt und verausgabt und dem Spender eine Spendenbescheinigung ausgestellt.

Die Marburger Linke hatte gegen die Pohl-Spende gestimmt, weil sie darin die Gefahr sah, dass Mäzene Einfluss auf die städtische Politik nehmen und stattdessen eine Erhö-

hung der Gewerbesteuer verlangt.

Der Fraktionschef der Marburger Linken Jan Schalauske sieht keinen Grund, dass im Haushalt 2017 jetzt eine Millionen-Spende an die Pohl-Stiftung vorgesehen ist. „Die Milli-

ardärsfamilie Pohl ist wohl kaum auf das Geld der Stadt angewiesen, um ihre Stiftung auszustatten.“

Die Marburger Linke hat deshalb beantragt, dass die Spende nicht geleistet wird. *Nico Biver*



Foto: Sebastian Scholl

▲ Am 18. April hat Jan Schalauske den Platz von Willi van Ooyen (L.) im Hessischen Landtag eingenommen. Nach dem Rückzug des bisherigen Fraktionsvorsitzenden der LINKEN ist der 36-jährige Marburger nachgerückt. Schalauske wird seine Fraktion im Haushalts- und im Europaausschuss vertreten.